

Zur Kritik von GRÜNEN und Jusos an Hausmann-Äußerungen.

Die Einrichtung von sog. Antidiskriminierungsstellen durch die NRW-Landesregierung ist u. a. vom Oberhausener CDU-Politiker Wilhelm Hausmann kritisch kommentiert worden (siehe WAZ 26. 7. 2022). Das wiederum rief die Jusos auf den Plan. Eine Pressemitteilung des AfD-Kreisverbandes.

Die ganze Debatte zeigt, wohin die Politik die Gesellschaft treiben möchte. Denunziantentum gab es in der DDR und dies möchten postkommunistische Parteien wie die SPD, Linke und Grüne auch gerne heutzutage in Deutschland wieder einführen. Daß gerade diese Parteien dabei keinerlei Abstand zum Linksextremismus pflegen, versteht sich hierbei von selbst.

Die AfD-Oberhausen verurteilt die Arbeit dieser Antidiskriminierungsstellen, welche politisch nicht neutral besetzt werden und selber Diskriminierung betreiben.

Dazu werden diese gut bezahlten Posten wieder durch Mitarbeiter besetzt werden, die für den ersten Arbeitsmarkt untauglich erscheinen aber ideologisch alle Voraussetzung für die Position erfüllen. Diese werden mit Steuergeldern unterstützt, welche an anderen, sozialen Stellen sicherlich besser aufgehoben wären.

Menschen sollen mit einer solchen Taktik dazu verleitet werden, Mitbürger auszuspähen und die wirklich dringlichen Probleme zu ignorieren:

Energiearmut und die Inflation,

welche auch in Oberhausen viele Bedürftige zu der Tafel zwingt, sind Themen die deutlich wichtiger werden, aber die kaum von den o.g. Parteien debattiert werden.

Oberhausen den 26. 7. 2022

Jörg Lange (Pressereferent)